

Die zusätzlichen Ferientage müssen auch für die Lehrpersonen spürbar sein!

Von Christoph Straumann

Im Dezember 2010 hat der Landrat einer Vorlage betreffend zusätzlicher Ferientage für alle Angestellten des Kantons Basel-Landschaft zugestimmt. Für die Umsetzung im Bildungsbereich muss jetzt eine Lösung gefunden werden, welche auch für die Lehrpersonen eine spürbare zeitliche Reduktion der Arbeitszeit und den entsprechenden Erholungswert sichert!

Zur Rekapitulation: Bereits in der ersten Jahreshälfte 2010 hat der LVB den kantonalen Stellen einen Vorschlag für eine akzeptable und schulverträgliche Umsetzung von zusätzlichen Ferientagen präsentiert. Der Vorschlag lehnte sich – im Sinne der angestrebten «Konvergenz im Schulbereich» – an die Regelungen in unserem Nachbarkanton Basel-Stadt an. Eine solche Lösung sieht vor, dass:

- zusätzliche Ferientage über eine Lektionenbuchhaltung verrechnet und kumuliert über mehrere Jahre als zusammenhängender Urlaub bezogen werden können;
- der Schulbetrieb nicht belastet und der eigentliche Ferienzweck – nämlich Erholung von der Alltagsarbeit – erfüllt wird.

Diese Variante ist nicht kostenneutral zu haben, weshalb sie für unsere Regierung gar nie ernsthaft in Frage kam.

Die jetzt vorliegende Schmalspurlösung erfüllt ihren Zweck nur, wenn sie für den Arbeitnehmenden zusätzliche freie Tage am Stück generiert. Dabei bieten sich für die Schulen die Weihnachtsfeiertage für eine für alle Sei-

ten (Kinder, Eltern, Lehrpersonen und Arbeitgeber) vertretbare Kompromisslösung an: Mit durchschnittlich drei zusätzlichen Tagen könnten die Weihnachtsferien in jedem Jahr zwei volle Wochen dauern. Damit wäre dem eigentlichen Ferienzweck «Erholung» bestens Rechnung getragen, der Schulbetrieb würde nicht über Gebühr belastet und ein Verlust an «Produktivität» wäre ganz sicher auch nicht die Folge.

Ein fortschrittlicher Arbeitgeber ist bestrebt, die Arbeitsbedingungen seines Personals so zu gestalten, dass Belastung und Erholung in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Die soeben ausgewertete Mitarbeiterumfrage zeigt bei der Belastung kritische Werte. Umso wichtiger ist es, dass auch Lehrpersonen die notwendige Erholungszeit zugestanden wird. Das wird sich für den Arbeitgeber auch wirtschaftlich (durch möglichst wenige krankheitsbedingte Absenzen von Lehrpersonen) lohnen.

Die entsprechenden Verhandlungen verlaufen zurzeit äusserst harzig. Der Gesamtregierungsrat stellt sich auf den Standpunkt, dass die zusätzlichen Ferientage einfach mit dem Berufsauftrag zu verrechnen seien.

Diese Haltung kommt einem Affront gegenüber allen pflichtbewussten Lehrpersonen gleich: Seit Jahren zeigen die Berufsverbände auf, dass in den Schulen auf der Basis des geltenden Berufsauftrags in massivem Ausmass Überstunden geleistet werden. Der LVB fordert schon lange eine Lösung für diesen Missstand.

Ein Arbeitgeber, welcher «zusätzliche Ferientage» über den bereits überlasteten Berufsauftrag der Lehrpersonen abrechnen will, zeigt gegenüber Einsatz und Leistung seines Personals eine Geringschätzung, welche extrem demotivierend wirken muss. Momentan versucht der Bildungsdirektor zu vermitteln. Es ist fraglich, ob das innert nützlicher Frist gelingen wird.

Das neuinstallierte «Stimmungsbarometer» (siehe LVB-Informationen in diesem Heft) wird aufzeigen, wie es mit der Berufszufriedenheit der Lehrpersonen u. a. nach der Lösung der Ferienfrage steht und zu welchen Massnahmen die Arbeitnehmenden bei einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen allenfalls bereit sind.